

Konkurs

Jetzt benotet das Gericht die Schule

Eine Privatschule in Wien verlor das Öffentlichkeitsrecht und ging in Konkurs.

Am Mittwoch wird erstmals bei Gericht verhandelt, ob Eltern Beiträge zahlen müssen und wie viel.

VON UTE BRÜHL

Privatschulen boomen. Denn viele Eltern fürchten, dass ihre Kinder in den öffentlichen Schulen zu wenig lernen. Bestätigt sehen sie sich auch durch die jüngsten Ergebnisse der PISA-Studie, in der österreichische Schüler miserabel abschneiden.

Es gibt noch weitere Gründe für den Boom: Die Nachmittagsbetreuung ist meist besser, vielerorts werden moderne Lernformen wie Montessori oder offenes Lernen angeboten.

Doch die Privatschule ist nicht immer die bessere Wahl. Macht ein Schüler Probleme, kann er schneller hinausfliegen als aus einer öffentlichen Schule. Das hat juristische Gründe: Die Eltern schließen mit der Privatschule einen Vertrag, der jederzeit gekündigt werden kann.

Passiert das, muss mitten im Jahr eine neue Schule gesucht werden, was oft schwierig ist.

„Unserer Meinung nach sind Leistungen nicht erbracht worden.“

Gerold Beneder
Rechtsanwalt

Konkurs Und dann gibt es noch Fälle, in denen die private Lehranstalt offensichtlich nicht das hält, was sie verspricht. Das haben viele Eltern schmerzlich erfahren, deren Kinder in die „Montessorischulen Prager Straße“ gingen. Der Schule wurde im vergangenen Jahr auf Grund massiver Mängel vom Unterrichtsministerium das Öffentlichkeitsrecht entzogen. Im Sommer ging die Prager Straße in Konkurs (der KURIER berichtete).

Jetzt ist der Masseverwalter am Zug. Er hat jetzt vielen Eltern eine Aufforderung geschrieben, „ausständiges Schulgeld zu überweisen.“

„Wir waren sehr erstaunt, als wir eines Tages Post vom Masseverwalter erhielten“, schreibt eine Mutter dem KURIER. „Vor allem, weil wir bisher kein Schreiben von der Prager Straße bekommen hatten, dass überhaupt noch Beträge offen seien.“

Die Mutter sieht auch nicht ein, warum sie überhaupt etwas bezahlen soll: „Meine Tochter hat dort zwei Schuljahre verloren.“

Andere Betroffene sehen das genau so: „Da wurden Leistungen in Rechnung gestellt, die nie umgesetzt wur-

den. Ich habe monatlang einen Zusatzlehrer für meinen Sohn verlangt und war einverstanden, die Kosten zu übernehmen. Aber der ist nie aufgetaucht. Jetzt stehen noch Forderungen von bis zu 6000 Euro im Raum“, ärgert sich eine Mutter.

Laut Aussagen der Eltern wurde der vereinbarte Montessori-Unterricht nicht geboten. Zudem „verhinderten die Rahmenbedingungen, eine Schulstufe in angemessener Zeit abzuschließen: Material fehlte, Prüfungen wurden nicht eingetragen, Prüfer waren nicht

da, angebotene verpflichtende Lehrveranstaltungen fanden nicht statt.“

„Man hat unseren Kindern Lebenszeit gestohlen, und ich möchte nicht auch noch dafür zahlen müssen.“ Einige überlegen sogar, „die Aufsichtsbehörde zu klagen, dass keine effiziente transparente Qualitätssicherung etabliert ist.“

Die meisten Väter und Mütter haben auf Grund der Mängel nicht mehr wie vertraglich vereinbart bis zum Ende des Schuljahres den Beitrag überwiesen, sondern

nur so lange ihre Kinder die Schule besuchten. Der Masseverwalter fordert aber nun den Beitrag bis Vertragsende ein. Viele Eltern haben sich deshalb einen Rechtsanwalt genommen.

Verfahren Anwalt Gerold Beneder vertritt einige von ihnen. „Jetzt wird das Gericht feststellen müssen, ob die Forderungen der „Montessorischulen Prager Straße“ gerechtfertigt sind. Es geht um die Frage, ob diese ihren Teil des Vertrags erfüllt haben. Unserer Meinung nach sind Leistungen nicht ordnungsgemäß erbracht worden. Das ist ein Grund für die Auflösung des Vertrages“, argumentiert er. Der Masseverwalter wollte sich zum dem „laufenden Verfahren nicht äußern“. Er wird sich wohl darauf berufen, dass die Forderungen durchaus gerechtfertigt sind.

Verhandelt wird an verschiedenen Gerichten – abhängig vom Wohnort der

Schüler in seiner Individualität in den Mittelpunkt stellen wollen,“ sagt Salcher.

Bei den Recherchen zu seinem Buch „Der talentierte Schüler und seine Feinde“ hat er sich öffentliche und private Schulen genau angesehen. Mit unterschiedlichen Ergebnissen:

„Das tendenziell bessere Abschneiden der Privatschulen liegt oft weniger an der Pädagogik, sondern an der sozialen Selektion der Schüler. Privatschüler erhalten einfach meist mehr Unterstützung und Lernhilfe von ihren Eltern. Die Grundproblematik unseres

Schulsystems trifft genauso die Privatschulen: Auch sie können sich ihre Lehrer in der Realität oft nicht aussuchen. Unser öffentliches Schulsystem verhindert einen intelligenten Qualitätswettbewerb zwischen den Schulen. Auch die schlechtesten öffentlichen Schulen erhalten ihre Kunden, nämlich die Schüler, zugeteilt.“

Die Mehrheit der Eltern zahlt daher doppelt: Einerseits Steuergelder für öffentliche Schulen und nochmals entweder Geld für Privatschulen oder für den Nachhilfeunterricht. Die Chance im Trend zu Privatschulen

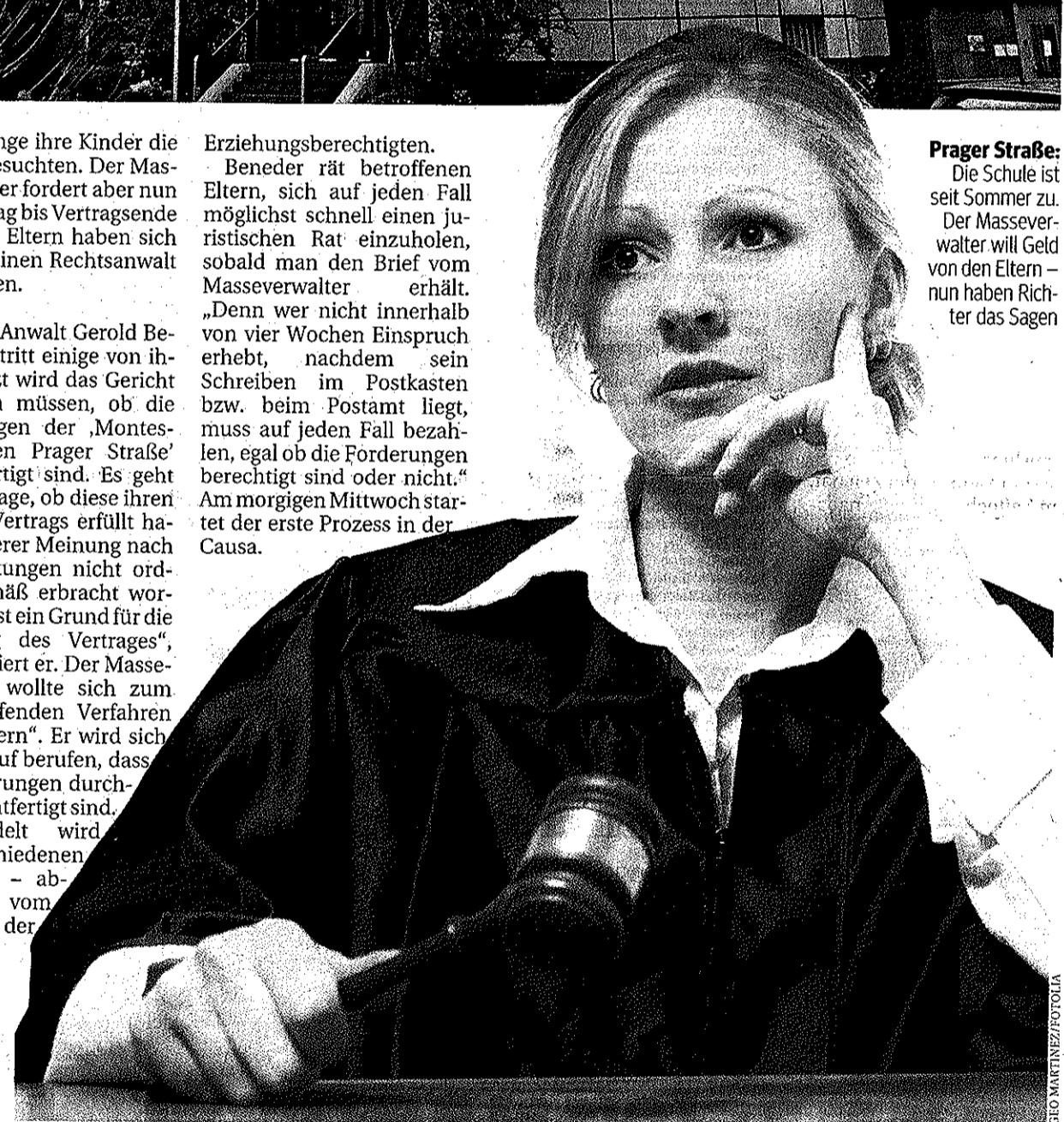
eMail an den Schüleranwalt

Schreiben Sie Ihre Probleme an andreas.salcher@kurier.at

KURIER.at/schueleranwalt



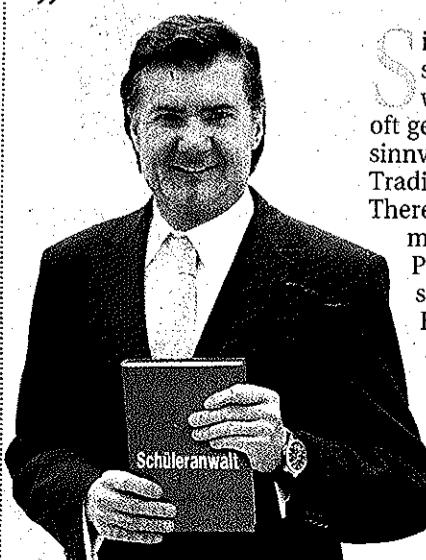
Prager Straße:
Die Schule ist seit Sommer zu. Der Masseverwalter will Geld von den Eltern – nun haben Richter das Sagen



GEO MARTINEZ/FOTOLIA

► Andreas Salcher

„Es braucht verpflichtende Bildungsstandards für alle Schulen“



Sind Privatschulen besser?“ wird Schüleranwalt Andreas Salcher oft gefragt. „Zunächst ist es sinnvoll, zwischen privaten Traditionsschulen wie dem Theresianum und Schulen mit einer alternativen Pädagogik wie Montessori zu unterscheiden. Erstere versuchen mit Zusatzangeboten und Leistungsorientierung zu punkten, während Alternativschulen meist den einzelnen

Salcher: Private sind nicht immer besser